

Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 92 (2001)

Heft: 16

Rubrik: Politik und Gesellschaft = Politique et société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 12.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bundesrat heisst Sachplan Übertragungsleitungen gut

(uv) Der Bundesrat hat am 27. Juni den Sachplan Übertragungsleitungen (SÜL) gutgeheissen. Der SÜL will die Zahl der Hochspannungsleitungen durch Bündelung beschränken und die Suche nach optimalen Korridoren erleichtern. Dazu verschafft er eine gesamtschweizerische Übersicht über die bestehenden und geplanten Höchstspannungsnetze. Der SÜL ist ein partnerschaftliches Werk, an dem Bund, Kantone, Elektrizitätswerke, Bahnen und Umweltorganisationen unter der Ägide der Bundesämter für Energie (BFE) und Raumentwicklung (ARE) mitgewirkt haben.

Im Bericht über die Massnahmen des Bundes zur Raumordnungspolitik (Realisierungsprogramm 1989) stellte der Bundesrat ein Konzept Übertragungsleitungen in Aussicht. Im Realisierungsprogramm 1996–1999 wurde diese Absicht konkretisiert. Das Bundesamt für Energie (BFE) wurde beauftragt, einen Sachplan Übertragungsleitungen zu erarbeiten. Im SÜL sollten die Ausbau- und Erneuerungsvorhaben der Werke im Höchstspannungsbereich (220/380 kV) und der Bahnstromversorgung (132 kV) anhand von Nutz- und

Schutzkriterien beurteilt werden. Erwartet wurden verbindliche Aussagen zum Bedarf und zum bestgeeigneten Korridor unter Ausnutzung des Zusammenlegungspotenzials von Leitungen.

Plan sectoriel des lignes de transport d'électricité

Le Conseil fédéral a approuvé le plan sectoriel Lignes de transport d'électricité (PSE). Le plan vise à réduire le nombre de lignes à haute tension et à faciliter la recherche de corridors optimaux. De plus, il offre une vue d'ensemble des réseaux suisses à haute tension en place et en projet. C'est un ouvrage commun auquel ont participé la Confédération, les cantons, les entreprises d'électricité, les chemins de fer et les organisations écologistes, sous la houlette des offices fédéraux de l'énergie (OFEN) et du développement territorial (ODT).

Dans son rapport sur les mesures de la Confédération pour l'aménagement du territoire (programme 1989), le Conseil fédéral a annoncé la création d'un plan des lignes de transport d'électricité. Cette intention devait se concrétiser dans le programme 1996–1999. L'Office fédéral de l'énergie a alors été chargé d'élaborer un

plan sectoriel. Il devait évaluer les projets d'extension et de rénovation dans le secteur de la très haute tension (220/380 kV) et des chemins de fer (132 kV), ces projets étant considérés sous l'angle de leur utilité et des mesures de protection souhaitables. Il s'agissait de formuler des observations étayées sur les besoins et sur les itinéraires les plus appropriés, compte tenu du potentiel de regroupement des lignes.

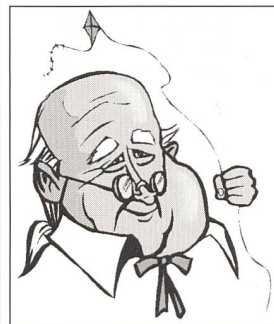
BFE-Forschungsprogramm untersucht Kennzeichnung von Strom

(bfe/m) Das Forschungsprogramm Energiewirtschaftliche Grundlagen (EWG) untersucht wirtschaftliche und umweltrelevante Fragen in Zusammenhang mit Energie. Das Programm wird vom Bundesamt für Energie (BFE) betreut, das dazu vier Berichte veröffentlicht hat:

- Instrumente zur Absenkung des Treibstoffverbrauchs von Personenwagen
- Abgeltungen bei Infrastrukturanlagen
- Facility Management und Energieeffizienz
- Erhebung zur Kennzeichnung von Elektrizität

Die Erhebung zeigt einen grundsätzlichen Bedarf zur Kennzeichnung von Elektrizität im zukünftigen Markt. Die Konsumenten wollen in erster Linie Informationen über die Erzeugungsart und die Herkunft sowie den Preis des Stroms erhalten. Weiter gewünscht werden die Kontrolle dieser Angaben und die Vergleichbarkeit der Angebote. Es wird die Einführung eines zweistufigen Kennzeichnungsmodells mit einer Basis- und einer Detaildeklaration vorgeschlagen.

Der Blitzableiter



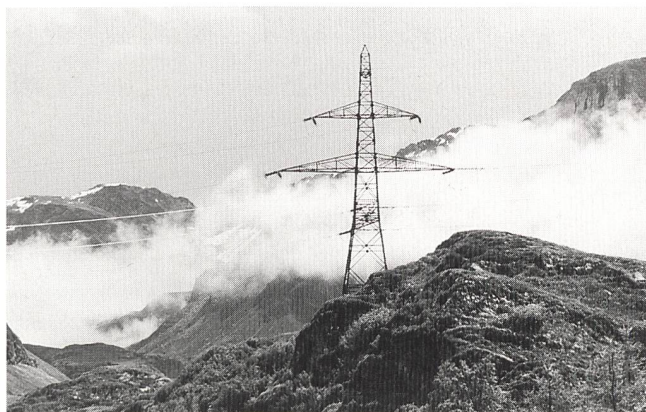
Achtung Berater!

In jeder Branche, deren Strukturen aus Gründen des Marktes oder der Politik im Wandel ist, bieten sich für die Lösung der Probleme Berater an. So weit, so gut. Die meist von den neuen Parametern und der zusätzlichen Arbeit überladenen Manager machen jedoch da ihre Türe gern allzu schnell auf und bezahlen dafür teuer, oft sehr teuer. Dazu eine Grundregel: Berater suchen prinzipiell diejenige Firmenstelle mit der grösstmöglichen finanziellen und mit der kleinstmöglichen fachlichen Kompetenz. Dort ist das Geld am nächsten und die interne Konkurrenz am weitesten.

B. Frankl

Abstimmung über den Wellenberg verschoben

Erst im Sommer 2002 wird das Nidwaldner Volk über den Sondierstollen für das Endlager für radioaktive Abfälle am Wellenberg abstimmen. Gegen das Sondiergesuch der Genossenschaft für nukleare Entsorgung Wellenberg GNW sind mehrere Einsprachen eingegangen. Der beantragte Sondierstollen soll Klarheit über die geologische Eignung des Wellenbergs für ein neues Lagerkonzept bringen.



Sachplan Übertragungsleitungen: Suche nach optimalen Korridoren.

Eurelectric begrüßt EU-Umweltaktionsprogramm

Die europäische Elektrizitätswirtschaft begrüßt den Vorschlag der EU-Kommission für ein 6. Umweltaktionsprogramm, das den Schwerpunkt auf Zurateziehung der Betroffenen, fundierte wissenschaftliche Begründung der Aktionen und Partnerschaft mit der Wirtschaft setzt. Der Dachverband der europäischen Elektrizitätswirtschaft, Union of the Electricity Industry-Eurelectric, befindet in einer an die gesetzgeberischen Organe der EU gesandten Stellungnahme, dass dies unerlässliche Voraussetzungen für richtige Zielsetzungen sind. Er ist einverstanden mit der Kommission in ihrer Meinung, dass ein System der einfachen «Steuerung und Kontrolle» zu beschränkt ist und unterstützt den Rückgriff auf Marktinstrumente und freiwillige Übereinkünfte zur Lösung von Umweltproblemen in Europa.



Sitz der EU-Kommission in Brüssel: vollständige Öffnung des Strom- und Gassektors.

Union of the Electricity Industry – Eurelectric se félicite des propositions de la Commission Européenne visant à libéraliser entièrement les secteurs de l'électricité et du gaz naturel (photo: siège de la Commission Européenne à Bruxelles).

Eurelectric fordert eine parallele Öffnung des Gas- und Strommarkts

Der Dachverband der europäischen Elektrizitätswirtschaft, Union of the Electricity Industry – Eurelectric, begrüßt den Vorschlag der EU-Kommission für eine vollständige Öffnung des Strom- und Gassektors. Eurelectric hält dieses Ziel für realistisch und ist der Ansicht, dass beide Märkte gleichzeitig geöffnet werden sollen. Im Zuge der rapiden Öffnung des Strommarktes ist es wichtig, nun auch signifikante Fortschritte bei der Erleichterung des grenzüberschreitenden Gashandels zu erzielen. Der Dachverband, der die europäische Elektrizitätswirtschaft sowie affiliierte und assoziierte Mitglieder anderer Erdteile vertritt – und somit im Namen des weltweit grössten einzelnen Gasverbrauchers spricht – begrüßt in seiner jüngsten, an die gesetzgeberischen Organe der EU gerichteten Stellungnahme, dass der Richtlinienvorschlag ein und dieselbe Frist für die vollständige Liberalisierung beider Sektoren setzt, und äussert seine Genugtuung über zahlreiche weitere Aspekte des Textes, wobei er die Aufmerksamkeit jedoch auch auf eine Reihe von Schlüsselfragen lenkt, die es zu lösen gilt, damit der Wettbewerb im paneuropäischen Gassektor entwickeln kann.

940 Mio. Fr. im Stilllegungsfonds für Kernanlagen

Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) hat vom Jahresbericht und von der Jahresrechnung 2000 des Stilllegungsfonds für Kernanlagen Kenntnis genommen. Die Betriebsrechnung weist einen Gewinn von 17,4 (Vorjahr 106,6) Millionen Franken aus. Bei der Anlage des Fondsvermögens wurde eine Rendite von 2,0 (13,2) Prozent erzielt. Unter Berücksichtigung der Börsenentwicklung kann dieses Ergebnis als erfreulich bezeichnet werden.

Konjunkturbarometer Stromverbrauch auf «hoch»

Das Konjunkturbarometer Stromverbrauch stand im ersten Quartal 2001 auf «hoch»: Von Januar bis März 2001 kauften die Kunden der deutschen Stromversorger mit 128 (erstes Quartal 2000: 124) Milliarden Kilowattstunden 2,5% mehr Strom als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Das meldet der Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) nach ersten Erhebungen.

Niederlande wollen mehr Strom-Wettbewerb

(vdew) Die Niederlande wollen die Öffnung ihres Strommarktes beschleunigen: Die 6,4 Millionen Haushalte sollen nicht – wie ursprünglich geplant – erst ab 2007, sondern ab 2004 ihren Strom- und Gaslieferanten frei wählen können. Das erklärt Jan Korff, Vorsitzender des Verbandes der niederländischen Energieversorger (EnergieNed), Arnheim.

Die Liberalisierung werde in anderen Ländern, wie zum Beispiel Deutschland, energisch vorangetrieben. Deshalb «wird

mit Nachdruck die Möglichkeit verfolgt, den Zeitplan für die Haushalte in den Niederlanden um ein weiteres Jahr auf 2003 zu verkürzen.» Zum Vergleich: In Deutschland wurde der Wettbewerb im Strommarkt 1998 sofort für alle Kunden eingeführt. Die EU-Richtlinie von 1996 sieht lediglich eine stufenweise Markttöffnung vor.

EU und USA wollen gemeinsame Energieforschung verstärken

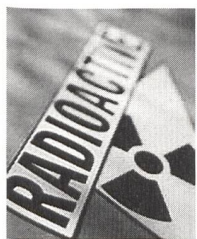
Der für Forschung zuständige EU-Kommissar Philippe Busquin und der amerikanische Staatssekretär für Energie Spencer Abraham unterzeichneten am 14. Mai eine Durchführungsvereinbarung über die wissenschaftliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der nicht-nuklearen Energie sowie ein Kooperationsabkommen im Bereich der Kernfusion. Die angestrebte Zusammenarbeit des ersten erstreckt sich insbesondere auf die Bereiche fossile Energieträger und Klimaschutz, neue Energieträger wie Wasserstoff und Sonnenenergie sowie Energieeffizienz. Dabei handelt es sich um wichtige Bereiche im beiderseitigen Interesse mit direkten Auswirkungen auf die Energieversorgungssicherheit, die industrielle Wettbewerbsfähigkeit und die nachhaltige Entwicklung. Sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Europäische Union führen umfangreiche Forschungsprogramme im Energiebereich durch, weswegen sie an einer gemeinsamen Weiterentwicklung dieser Bereiche und am gegenseitigen Erfahrungsaustausch interessiert sind. Die Zusammenarbeit wird voraussichtlich die Erarbeitung gemeinsamer Standards, die gemeinsame Nutzung einzigartiger F+E-Einrichtungen, Workshops, den Austausch von Wissenschaftlern und den Aufbau von Netzen, die gemeinsame Erstellung von Prognosen der Technologieentwicklung sowie die Koordinierung von Forschungsprojekten

umfassen. Diese Abkommen beziehen sich auf zwei von fünfzehn Bereichen, die in einem im Oktober 1998 unterzeichneten Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA aufgeführt sind.

Endlager in Finnland

Die radioaktiven Abfälle aus Finnland sollen am Bottnischen Meerbusen in 700 Meter Tiefe in Granitgestein vergraben werden. Dies hat das finnische Parlament mit grosser Mehrheit im

Mai beschlossen. Der Standort liegt in der Nähe von Olkiluoto, wo bereits zwei Kernkraftwerke in Betrieb stehen.



Konsens über Atomausstieg in Deutschland

Bundeskanzler Gerhard Schröder, die Minister Trittin und Müller sowie Spitzenvertreter der Elektrizitätsversorgungsunternehmen unterzeichneten am 11. Juni in Berlin die Vereinbarung über den Ausstieg aus der Kernenergie.

Vor etwa einem Jahr hatten sich beide Seiten auf eine Grundsatzvereinbarung «zur geordneten Beendigung der Kernenergie» verständigt. Immer wieder hatte es jedoch Diskus-

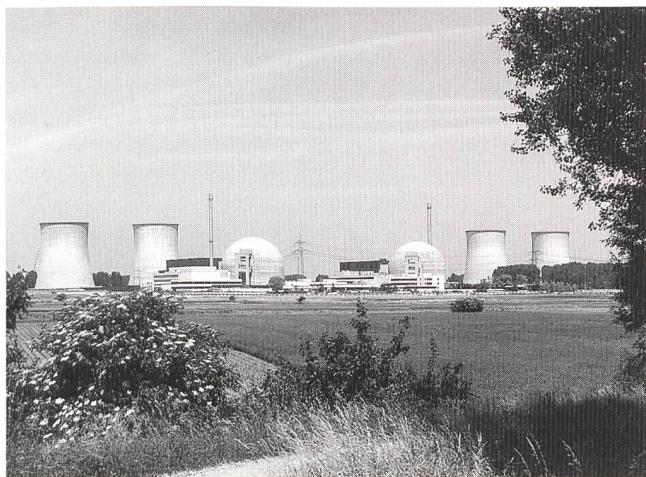
sionen um einzelne Punkte des Vertrages gegeben. Schliesslich haben sich die Beteiligten auf eine Reststrommenge von 2623 Terawattstunden (2623 Milliarden Kilowattstunden) geeinigt. Demnach wird das letzte Kernkraftwerk vermutlich in 32 Jahren abgeschaltet.

Ein Jahr hat es gedauert, bis sich Umweltministerium und Stromversorger auf die Formulierung der Atomgesetznovelle geeinigt hatten. 74 Seiten umfasst der abgestimmte Entwurf des Paragrafenwerks. Nun soll es ohne grosse Veränderung im Bundestag behandelt werden.

Die Opposition hat währenddessen angekündigt, den Atomausstieg sofort rückgängig zu machen, wenn sie nach der nächsten Wahl wieder die Regierung übernehmen sollte.

KKW Biblis wird für 160 Millionen Mark modernisiert

Das Kernkraftwerk Biblis wird in den kommenden zwölf Monaten für rund 160 Mio. Mark modernisiert. Nach dem Atomkonsens wird der Block A bei durchschnittlicher Verfügbarkeit noch acht, Block B rund zwölf Jahre am Netz bleiben. In dieser Zeit garantiere die Politik einen störungsfreien Verlauf. «Das gibt uns immerhin Planungssicherheit», so der Kraftwerksleiter. Der Rückbau der Meiler werde etwa 15 Jahre in Anspruch nehmen.



«Geordnete Beendigung der Kernenergie» in Deutschland? (im Bild Kernkraftwerk Biblis/Photo RWE).

Energienotizen aus Bern



Bund und Kantone einig über Durchführungsprotokolle zur Alpenkonvention

Regierungsvertreter der Bergkantone trafen sich am 6. Juni in Glarus mit Direktionsvertretern zahlreicher Bundesämter, um eine Aussprache über die Ratifizierung der Durchführungsprotokolle der Alpenkonvention und deren spätere Umsetzung zu führen. Die Eidgenössischen Räte werden voraussichtlich 2002 über einen Antrag des Bundesrates zur Ratifizierung der Protokolle befinden. Kantons- und Bundesvertreter waren sich einig in der Beurteilung, dass die Ratifizierung im Interesse der Schweiz liegt und die Protokolle wichtige Impulse für eine nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung des Alpenraumes vermitteln können.

Die Alpenkonvention, ein internationales Vertragswerk zum Schutz und zur nachhaltigen Entwicklung des Alpenraumes mit Beteiligung aller Alpenländer sowie der Europäischen Union, besteht aus einer übergeordneten Rahmenkonvention sowie themenbezogenen Durchführungsprotokollen. Bereits im Jahre 1999 ratifizierten die Eidgenössischen Räte die Rahmenkonvention, nicht aber die Durchführungsprotokolle, da einige davon damals noch nicht abschliessend behandelt worden waren. Inzwischen konnten die Verhandlungen – unter dem erfolgreichen Schweizer Vorsitz in den Jahren 1999/2000 – zu allen Durchführungsprotokollen abgeschlossen werden.

Damit ist die seinerzeitige Bedingung des Parlaments für das Eintreten auf die Durchführungsprotokolle erfüllt. Aller Voraussicht nach wird es somit im Jahre 2002 über die Genehmigung der Protokolle «Raumplanung und nachhaltige Entwicklung», «Berglandwirtschaft», «Bergwald», «Naturschutz und Landschaftspflege», «Tourismus», «Energie», «Verkehr», «Bodenschutz» sowie «Streitbeilegung» zu entscheiden haben.

CO₂-Abgabe verhindern

Nationalrat Hajo Leutenegger (FDP, ZG) möchte die freiwilligen Massnahmen zur CO₂-Reduktion möglichst ausgeschöpft sehen und damit eine CO₂-Abgabe verhindern bzw. so tief wie möglich ansetzen. Mit dem eingereichten Postulat «Entscheidungsbasis zum CO₂-Gesetz» wird der Bundesrat aufgefordert, CO₂-relevante Massnahmen vorzuschlagen, welche eine abgabefreie Zielerreichung unterstützen. Ebenso müsse eine geeignete, transparente Entscheidungsbasis geschaffen werden, um den Abgabeentscheid zu treffen und die Abgabehöhe zu bemessen.



«Berlin»: Drohungen und Tendenz, sich vorschnell vom Markt abzuwenden.

Staat und Kunde als Gewinner im Strommarkt

Eindeutiger Gewinner beim Wettbewerb im Strommarkt war auch 2000 «König Kunde», so der deutsche Verband der Elektrizitätswirtschaft in seinem Jahresbericht: «Alle Verbraucher profitierten von deutlich niedrigeren Strompreisen. Die Stromversorger senkten ihre Preise seit der Liberalisierung um 15 Milliarden (Mrd.) DM im Jahr».

Dieser Kraftakt der Stromwirtschaft werde allerdings zunehmend durch die Politik zunichte gemacht: «Auf zehn (1999: sechs) Milliarden (Mrd.) DM kletterten 2000 die Sonderlasten, die den Stromkunden vom Staat abverlangt werden», rechnet VDEW vor. Im Jahr 2001 würden die Belastungen durch Öko-Steuer, Erneuerbare-Energien-Gesetz und Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz auf etwa 12,5 Mrd. DM steigen. Beim Durchschnittshaushalt betrage der Staatsanteil an der Stromrechnung – einschliesslich Mehrwertsteuer – inzwischen rund 40%.

Besonders kritisch sieht der VDEW die Tendenz sowohl in Berlin als auch in Brüssel, sich vorschnell vom Markt abzuwenden und die Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben nicht aus der Steuereinkasse zu leisten, sondern auf Verbrauchergruppen abzuwälzen.

Deutschland droht mit Stromimportbeschränkung

Der deutsche Bundeswirtschaftsminister Werner Müller hat Importbeschränkungen für Strom aus EU-Ländern angedroht, die den Eintritt von Wettbewerbern auf ihren Markt behindern. «Wir werden das Energierecht so anpassen, dass wir deutsche Unternehmen im deutschen Strommarkt vor unfairen Wettbewerb mehr schützen als bisher», sagte Müller. Die EU-Richtlinie sehe eine entsprechende Möglichkeit vor. Die Regelung galt bislang vor allem als Beschränkungsmöglichkeit für Strom aus Osteuropa, dessen Herstellung nicht den EU-Umweltstandards entspricht. Die «Reziprozitäts»-Klausel soll nun auch genutzt werden, wenn der Markt in zwei EU-Staaten nicht dieselben Charakteristika aufweise.

Bereitet EdF Privatisierung vor?

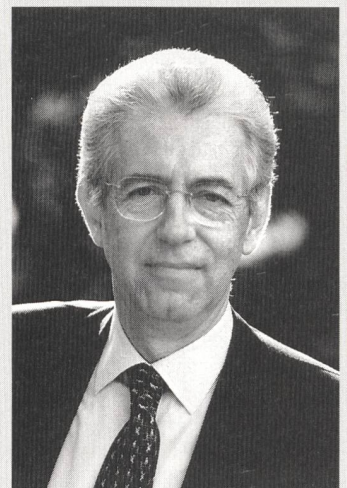
Electricité de France (EdF) soll gemäss Presseberichten konkret die Privatisierung vorbereiten. Das EdF-Management sähe jedoch keine Chance für eine Privatisierung vor dem Frühjahr 2002. Zu diesem Zeitpunkt stehen in Frankreich Präsidentschafts- und Parlamentswahlen an. Ein Sprecher der

Streit um EdF-Expansion

(v) Gemäss EU-Wettbewerbskommissar Mario Monti sind die EU-Staaten selber schuld am Streit um die Expansionsstrategie von Electricité de France (EdF). Er warf den Regierungen vor, bewusst die Liberalisierung in ihren Ländern zu bremsen und andere dabei zu unterstützen. «Die Lage auf dem Strommarkt in Europa ist nicht zufriedenstellend und nicht akzeptabel», so Monti. Es gebe eine «Solidarität nach unten», wonach EU-Staaten, die im Grunde schneller liberalisieren wollten, aus Gründen der Staatspolitik nicht gegen Bremser wie etwa Frankreich stimmen wollen. Diese Politik führe zu Ungleichgewichten in der jeweiligen Markttöffnung der Länder. Damit komme es zum Problem, dass ein staatliches Unternehmen wie EdF von einem weitgehend geschützten Heimatmarkt aus in Europa auf Einkaufstour gehen kann.

Die EdF ihrerseits wehrt sich gegen die Vorwürfe, aus einem abgeschotteten Markt mit Staatsgeldern in Europa auf Einkaufstour zu gehen. Die Teilöffnung des französischen Marktes sei reell, so Konzernchef Francois Roussely. Eine Begrenzung der EdF- bzw. Energie-Baden-Württemberg (EnBW)-Stimmrechte bei Hidroelectrico del Cantabrico oder Montedison wegen des öffentlichen Status der EdF zu limitieren sei unzulässig. Schliesslich sei in keinem EU-Vertrag die Diskriminierung staatlicher Unternehmen vorgesehen. Im Übrigen seien die Energiepreise in Italien höher als die in Frankreich. EdF will innerhalb von drei Jahren rund 19 Mrd. EUR im Ausland investieren. Minderheitsbeteiligungen halte der Stromkonzern bereits in Spanien, Deutschland (EnBW), Italien, Österreich, der Schweiz, Schweden sowie verschiedenen osteuropäischen und südamerikanischen Ländern. Den britischen Stromversorger London Electricity hat EdF bereits zu 100% übernommen.

EU-Kommissar Mario Monti ist nicht zufrieden mit dem Stromwettbewerb in Europa (Bild EU).



Progressiver Stromtarif für Kalifornien

(zk) Die kalifornische Regierung hat infolge der Versorgungskrise beschlossen, das Strompreissystem für Haushaltskunden neu zu gestalten. Der Preis pro kWh wird um 3 Cents erhöht. Damit sollen den beiden grössten EVU des Bundesstaates, PG&E und Edison, jährliche Mehreinnahmen von 2,5 Mrd. Dollar ermöglicht werden. Zudem werden die Haushaltskunden in fünf Progressionsgruppen eingeteilt. Sie zahlen so bis zu 47% mehr.

EdF meinte, «bis 2003 gibt es keinen Grund, eine Privatisierung anzustreben». Zudem hat auch die Gewerkschaft CGT noch etwas zu sagen, die mit einem Umsatzprozent gespeist wird. Sie organisiert nahezu das ganze Leben der 120 000 EdF-Angestellten mit eigenen Feriendörfern, Kantinen, Kindergärten, Versicherungen und Gesundheitszentren. Dazu geniessen Konzernangestellte einen lebenslangen Kündigungsschutz und können zwischen 32 und 35 Wochenarbeitsstunden wählen. Dies alles jedoch bei einem tiefen Lohn.

Kalifornien untersucht Energieunternehmen

(d) Der Generalstaatsanwalt in Kalifornien untersucht, ob die Energieunternehmen die Elektrizitätspreise illegal in die Höhe getrieben haben. Die Preise waren in den vergangenen Monaten teilweise um das Zehnfache gestiegen. Die Ermittler sollen herausfinden, ob die Energiegroßhändler Kraftwerke vom Netz genommen und Strom und Gas anderweitig verknappert haben, um so die Preise hochzutreiben. Die Unternehmen weisen die Vorwürfe zurück. Grund zu den höheren Preisen lägen darin, dass mehrere Kraftwerke repariert werden mussten und die Gaspreise stark gestiegen seien.

Bush will die «saubere und sichere» Kernenergie in den USA ausbauen

(sva) US-Präsident George Bush hat bestätigt, dass die USA den Einsatz von Kernenergie als Teil ihres künftigen Energiemixes zu erweitern beabsichtigen.

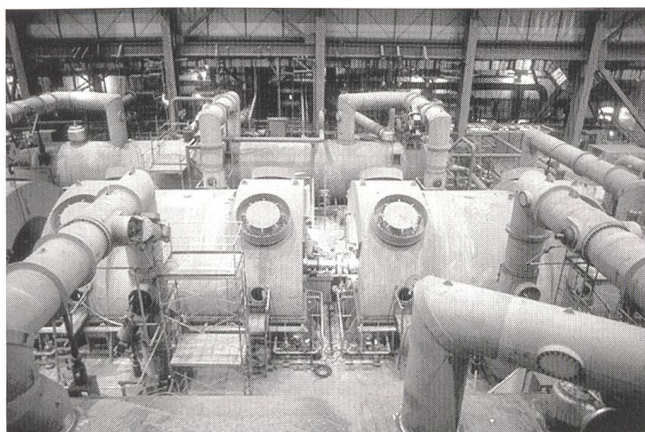
Präsident Bush, der am 17. Mai 2001 die lange erwarteten Ergebnisse der nationalen Gruppe für die Entwicklung der Energiepolitik präsentierte, erklärte: «Durch den Ausbau der bestehenden Kernenergieanlagen können wir mehr Elektrizität erzeugen, ohne ein Gramm

Treibhausgas in die Atmosphäre zu pumpen. Energieerzeugung und Umweltschutz sind Prioritäten, die sich nicht gegenseitig ausschließen», sagte der Präsident, und er fügte bei, seine Regierung sei entschlossen, ein «sicheres Endlager für radioaktive Abfälle» zu finden. Auch stellte er Frankreich, das rund 80% der Elektrizität aus Kernenergie erzeugt, als Vorbild für die USA dar.

Im Bericht der Gruppe für die Entwicklung der Energiepolitik steht: «Kernkraftwerke versorgen Millionen von US-Haushaltungen und Geschäften, haben einen zuverlässigen Sicherheits- und Leistungsausweis und emittieren keine Treibhausgase in die Atmosphäre. Gegenwärtig erzeugen diese Anlagen 20% des gesamten Stroms der USA. In zehn Staaten im Nordosten, Süden und Mittleren Westen des Landes sind es sogar mehr als 40%.

Andere Staaten wie Japan und Frankreich erzeugen einen viel höheren Prozentsatz ihrer Elektrizität mit Kernenergie. Doch in Amerika wird gegenwärtig davon ausgegangen, dass die Anzahl Kernkraftwerke in den kommenden Jahren abnehmen wird, da alte Werke geschlossen und keine neuen als Ersatz gebaut werden.»

Nach Präsident Bush ermöglicht die vorgeschlagene neue Energiepolitik den sicheren Ausbau der Kernenergie, indem sie ein nationales Endlager einrichtet und die Bewilligungsverfahren für Kernkraftwerke strafft.



KKW erzeugen zurzeit 20% des gesamten Stroms der USA (Dampfturbinenanlage in US-Kernkraftwerk)

Schwere Stromkrise in Brasilien



Kernkraftwerke Angra II und Angra I (im Hintergrund) auf dem Strand von Angra dos Reis, rund 100 Kilometer südlich von Rio de Janeiro: willkommene Produktion in Trockenzeiten.

(m) Infolge dramatischer Stromknappheit verordnete die brasilianische Regierung drastische und sofortige Stromsparmassnahmen für weite Teile des Landes. «Missetäter» sollen mit Tarifierhöhungen um 20% und Stromabschaltungen von 3 bis 6 Tagen gebüßt werden. Die Stromversorgungsunternehmen stehen derweil vor einem Rätsel, wie sie diese Notmassnahmen verwalten sollen.

Hauptursache der Versorgungskrise ist die Fehleinschätzung der infrastrukturellen Entwicklung in einem Land, das jährlich 8% mehr Strom benötigt. Statt 4% wird voraussichtlich wegen der Stromkrise das Sozialprodukt 2001 nur um 2,5% zulegen.

Zudem hat Brasilien – ein Land mit 92% Wasserkraftproduktion – einen extrem trockenen Sommer hinter sich. Die meisten Speicherseen sind nur knapp zur Hälfte gefüllt, was bis zur nächsten Regenzeit im November nicht ausreicht. Die Situation wäre noch schlimmer, wenn nicht seit Dezember 2000 das neue 1300-MW-Kernkraftwerk Angra II am Netz wäre.

«Stromlösung» für Österreich?

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) sieht nach wie vor Chancen für eine Stromlösung im Alpenstaat. Den Einstieg des deutschen Versorgers RWE bei der Kärntner Kelag sieht die SPÖ als Folge der Untätigkeit des Wirtschaftsministeriums und sei als «letztes Warnsignal» zu betrachten. Grundtenor des vorgestellten SPÖ-Konzepts: «Es muss eine österreichische Lösung geben». Dabei könnte man sich auch das Fallen der derzeitigen gesetzlichen Obergrenze für Beteiligungen an einer österreichischen Energiegesellschaft (51%) vorstellen. Weiteres Herzstück sei ein Wasserkraftkonzern in mehrheitlich österreichischem Eigentum, der als viertgrößter

Wasserkraftproduzent Europas ein wichtiger internationaler «Player» werden könne.

Russland will abgebrannte Brennelemente importieren

(efch) Die russische Staatsduma hat am 6. Juni 2001 ein Gesetzespaket, das die Einfuhr abgebrannter Brennstäbe aus ausländischen Kernkraftwerken ermöglicht, verabschiedet. Damit wären Importe abgebrannter Brennelemente zur Aufbewahrung und Wiederaufarbeitung möglich. Eine Endlagerung ist weiterhin nicht vorgesehen. Die Befürworter der Atomimporte hoffen damit, in den nächsten zehn Jahren bis zu 20 Mrd. \$ einzunehmen.